



Der rechten Welle das Wasser abgraben – gegen Sozialabbau und Kriegskurs!

In Deutschland sind drei Millionen Kinder und Jugendliche und weitere 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren von Armut betroffen. Experten fordern 20 Milliarden, um dem wirksam entgegen zu wirken. Doch die Ampel hat nur 2,4 Mrd. für

rade in der BRD vom Geldbeutel der Eltern ab und die flächendeckende Gesundheitsversorgung wird kaputt gespart. Im Bundeshaushalt 2024 soll der Gesundheitsetat um ein Drittel gekürzt werden (von 24,48 Mrd. 2023 auf 16,22 Mrd. 2024). Fast jeder fünfte Euro soll aber



die sogenannte „Kindergrundsicherung“ übrig. Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen wuchs laut Oxfam seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel von etwa 89 auf etwa 155 Mrd. US-Dollar. Bildung hängt ge-

Während Heizen und Wohnen für immer größere Teile der Bevölkerung unbezahlbar werden und Bauern in ihrer Existenz bedroht sind, sollen Unter-

nehmen und Vermögende weiter entlastet werden, um „unsere“ Wirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. **Das ist der soziale Nährboden, auf dem die AfD ihre Zustimmungswerte erlangt.**

Fortsetzung Seite 2

Kapital und Rechtsextreme – Hand in Hand

Mittlerweile ist bekannt, dass der Stuttgarter Bauunternehmer Hans-Ulrich Kopp zu den Teilnehmern des Potsdamer „Geheimtreffen“ Ende November 2023 gehörte. Das in Bad Cannstatt ansässige mittelständische Unternehmen Lautenschlager und Kopp ist sowohl in Stuttgart, als auch in der gesamten Region tätig, und zwar sehr häufig für öffentliche Auftraggeber. Sei es beim Straßenbau, bei Fahrbahnmarkierungen oder Kreisverkehren. Ob Fernsehturm, Wilhelma oder Landesbibliothek: Das Bauunternehmen bekommt die öffentlichen Aufträge. Dabei ist es nicht schwierig, die Verflechtungen von Kopp mit der rechtsextremen Szene zu erkennen. Ein Blick in Wikipedia reicht. Dort ist sein Wirken aufgelistet u.a. bei: Junge Freiheit, völkischer Witikobund, Republikanern, Deutsche

Burschenschaft, Unterstützer der rechten Sammelbewegung „Initiative 3. Oktober“, Vorsitzender des rechtsextremen Vereins Kultur- und Zeitgeschichte usw. Er gilt als Multifunktionär im rechtsextremen Spektrum.

Trotz allem bekommt Kopp jede Menge öffentliche Aufträge.

Unterstützenswert ist, dass die Gemeinderatsfraktion FrAktion (SÖS, Linke, Piraten, Tierschutz) die Anfrage gestellt hat, welche vergaberechtlichen Möglichkeiten die Verwaltungsspitze sieht, um Unternehmen mit engen Verbindungen zu rechtsextremistischen Kreisen von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.

Vermutlich ist von Kopps Umsatz in dreistelliger Millionenhöhe (Umsatzklasse 100 - 250 Mio. Euro) so einiges Geld in rechtsextreme Organisationen geflossen. Ohne die Unter-

Massiver Arbeitsplatzabbau bei Bosch

Beim Stuttgarter Technologiekonzern Bosch wurde innerhalb weniger Woche zum 5. Mal ein größerer Arbeitsplatzabbau verkündet. Zuerst bei der Verbrennersparte, dann Software, Steuergeräte und Werkzeugbereich und als fünftes die Hausgeräte.

Mitte Dezember hieß es, dass Bosch 1500 Arbeitsplätze in Feuerbach und Schwieberdingen in der Dieselsparte/Verbrennungstechnik abbauen will. Fünf Wochen später ist von weiteren 1200 zu streichenden Stellen, diesmal im Software-Bereich (Autonomes Fahren) die Rede, davon bis zu 950 Stellen in Deutschland. Betroffen sind insbesondere die Standorte Abstatt, Leonberg, Renningen, Schwieberdingen und Hildesheim. Ende Januar kündigte Bosch überdies die Streichung von 500 Arbeitsplätzen in dem Bereich elektronische Fahrzeug-Steuergeräte an. Ein Großteil der 500 Stellen, die gestrichen werden sollen, entfällt demzufolge auf die Standorte Schwieberdingen, Reutlingen, Ansbach und Salzgitter.

Fortsetzung Seite 3

stützung von Kapitaleseite wäre so manche dieser Vereine nicht überlebensfähig. Dies bedeutet, dass mit unseren Steuergeldern über die öffentlichen Aufträge an Kopp die Rechtsextremisten hochgepäppelt wurden und werden. Damit muss sofort Schluss sein. Aus den Erfahrungen vor 100 Jahren, als Kapitalisten wie Krupp, Thyssen und andere die Faschisten mit Spenden stark gemacht haben, müssen Konsequenzen gezogen werden. "Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch" - deshalb Kapitalismus abschaffen.



Wem nutzt es?

Geschickt versteht es die AfD, die Menschen, die sozial abgehängt sind oder Angst vor dem sozialen Abstieg haben, einzufangen. Diese Menschen fühlen sich zurecht von den etablierten Parteien nicht vertreten und wenden sich mangels einer überzeugenden linken Alternative den rechten Rattenfängern zu. So wird die berechnete Unzufriedenheit mit den Verhältnissen geschickt auf Asylsuchende oder angebliche „Sozialschmarotzer“ umgelenkt, die Klasse der Werktätigen gespalten und wirksame Gegenwehr – ganz im Sinne der Besitzenden – verhindert.

Wer den Rechtsruck in unserem Land wirklich aufhalten will, darf zur sozialen Ungerechtigkeit nicht schweigen, muss sich gegen die verheerende Verarmungs- und Umverteilungspolitik der Ampel-Regierung wehren.

Rechts ist nur die AfD?

Dass die AfD eine rechtsradikale Partei ist, in der faschistoides Gedanken-gut salonfähig ist und die auch den Kontakt zu brutalen Stiefelfaschisten nicht scheut, ist nicht erst, seitdem die Correctiv-Recherche zu den „Remigrationsplänen“ von den Medien gehypet wurde, bekannt. Warum hat man die AfD gewähren lassen, dafür aber die meist aus der linken Bewegung kommenden Antifa-Aktivisten,

die sich der AfD und anderen Rechtsradikalen entgegen gestellt haben, kriminalisiert? Hört die viel beschworene Zivilcourage dort auf, wo versucht wird, rechte Aufmärsche und Kundgebungen zu blockieren? Jetzt sind „alle gegen rechts“. Auch Politiker der Ampel und der CDU/CSU, die die Rechtsentwicklung mitverantworten, stellen sich dreist mit uns in eine Reihe, um von ihrer Politik abzulenken. Während Flüchtende zu Tausenden im Mittelmeer ersaufen, die Abschottung der EU-Außengrenzen weiter betrieben wird, Bundeskanzler Scholz „im großen Stil abschieben“ will und das sogenannte „Rückführungsverbesserungsgesetz“ im Bundestag durchgewinkt wird, lässt es sich hervorragend auf die AfD zeigen. **Das nennen wir Heuchelei!**

Gegen Rechtsruck, Kriegskurs und Sozialabbau!

Dabei ist die Rechtsentwicklung im Inneren die Kehrseite eines Rechtsrucks in der deutschen Außenpolitik. Wer „Russland ruinieren“ (Baerbock), Deutschland „kriegstüchtig“ machen (Pistorius) oder „in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen“ will (Scholz), setzt nur noch auf Konfrontation, Wirtschaftskrieg und Aufrüstung statt auf Deeskalation und Vertrauensbildung. Zu dieser Militarisierung gehören in der Öffentlichkeit

sichtbare Truppenbewegungen wie jetzt bei dem gegen Russland gerichteten „Steadfast Defender“-Manöver („Zeitenwende zum Anfassen“) und die höchsten Militärausgaben seit Bestehen der BRD in Höhe von rund 90 Milliarden. So plädierte das Verteidigungsministerium bereits 2021, also noch vor der sogenannten Zeitenwende, für ein „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 102 Milliarden Euro. Nach derzeitiger Planung werden die Kriegskredite – offiziell: das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr – bis Ende 2027 nahezu vollständig verausgabt sein. Dann müssten die Militärausgaben von 2% des BIP allein aus dem regulären Verteidigungshaushalt bestritten werden, was eine Erhöhung um 30 Milliarden bedeuten würde. Eine Finanzierungslücke in dieser Größenordnung könnte nur aus dem Etat für Arbeit und Soziales gedeckt werden. Die „kriegstüchtige“ Gesellschaft soll dann opferbereit die „richtigen“ Prioritäten setzen: Streichung von Sozialausgaben für Militär und Rüstung. Dazu bedarf es eines ruhigen Hinterlandes, der ideologischen Gleichschaltung der Bevölkerung, schließlich „sind wir die Guten“ – angeblich.

Wer wirklich der Rechtsentwicklung entgegen treten will, muss sich dem Kriegskurs der Ampel verweigern!



Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906,
BIC: SOLADEST600



Aufruf unter: <https://aktionfrauen.wordpress.com/>

Massiver Arbeitsplatzabbau bei Bosch

Fortsetzung von Seite 1

Schwieberdingen ist somit dreifach betroffen. Ein paar Tage später folgte die Sparte Power Tools (Elektrowerkzeuge), die in Leinfelden ihren Hauptsitz hat. Dort sollen 560 von 2000 Arbeitsplätzen abgebaut werden. Anfang Februar nun die Ankündigungen von Streichungen bei der Münchener Hausgeräte-Tochter BSH. Dies bedeutet ca. 3000 weniger Arbeitsplätze für die Region Stuttgart allein bei den Bosch-Standorten. Auch bei Porsche in Zuffenhausen werden die Befristungen von mindestens 600 Kolleginnen und Kollegen nicht verlängert, bei Mercedes in Untertürkheim sind in den letzten Jahren schon über 3000 Stellen abgebaut worden. Ebenso haben viele kleinere und mittlere Zuliefer- und Maschinenbau-Betriebe in den letzten Jahren abgebaut bzw. Standorte ganz geschlossen.

Abbau trotz Milliarden Gewinnen

Immer in solchen Situation wird von Seiten des Kapitals behauptet, dass der Abbau sozialverträglich über die Bühne gehen wird, so auch die Geschäftsleitung von Bosch. Aber: Trotzdem wird im Betrieb die Belegschaft verunsichert, werden Ängste geschürt, schlaflose Nächte erzeugt, das Arbeitsklima verschlechtert und die

Ellenbogenmentalität gestärkt. Trotzdem werden die Arbeitsplätze der zukünftigen Generation fehlen, da hilft auch die erst letzten Sommer vereinbarte Beschäftigungssicherung bis Ende 2027 nichts, die zwar betriebsbedingte Kündigungen ausschließt, aber eben nicht die Beschäftigtenzahl fixiert. All diese Belastungen auf dem Rücken der Beschäftigten, obwohl Bosch positive Geschäftszahlen vorweisen kann. So stieg der Umsatz nach vorläufigen Zahlen um rund vier Prozent von 88,4 Mrd. Euro (2022) auf etwa 91,6 Mrd. Euro (2023). Der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) legte von 3,8 Mrd. Euro auf 4,6 Mrd. Euro zu. Vorstandschef Stefan Hartung geht für 2023 von 5% Rendite aus. Ursprünglich sollten 7% erreicht werden. Sollen die geplanten 7% für 2024 und 2025 über den Personalabbau und verstärkte Auspressung der restlichen Belegschaft erreicht werden? Das kann ja wohl nicht sein.

Arbeitszeitverkürzung!

Es überrascht, dass der massenhaft angekündigte Stellenabbau mit fast täglich neuen Hiobsbotschaften keine Empörung in der Öffentlichkeit hervorruft und auch die IG Metall Stuttgart dazu schweigt. Notwendig wären Ak-

tionen – gemeinsam von allen betroffenen Betrieben, und deren gibt es viele in der Region. Notwendig ist es auch, wegen der technologischen Umbrüche durch die Transformation alternative Produkte zu entwickeln und zu produzieren. So investiert z.B. Bosch in Bamberg in Wasserstofftechnologie und baut die Belegschaft weiter auf – letzten Herbst um 100, dieses Jahr um 250 Beschäftigte mit dem Ziel, dass die Zahl der Beschäftigten dadurch bei rund 6.300 konstant bleibt und natürliche Fluktuation ersetzt wird. Konversion ist eine Möglichkeit, die Beschäftigung zu halten, es sollten aber gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Produkte sein. Arbeitszeitverkürzung ist eine andere Möglichkeit. Für die Tarifrunde bei Metall/Elektro im Herbst muss deshalb eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen für alle bei vollem Lohnausgleich diskutiert werden. Denn in der Branche steht fast überall massiver Personalabbau an. 1984 – vor 40 Jahren – hat die IG Metall für die 35-Stundenwoche gekämpft. Mit der erreichten Arbeitszeitverkürzung konnten einige hunderttausend Arbeitsplätze „gerettet“ werden. An dieser Erfahrung müssen wir anknüpfen.

Veranstaltung der DKP Baden-Württemberg zum Internationalen Frauentag

Frauenkämpfe sind

Klassenkämpfe!

Wie wirken sich multipolare Weltordnung und reaktionärer Staatsumbau auf die Situation der Frauen aus?

**Sonntag, 10. März 2024,
15 Uhr**

**Waldheim Sillenbuch,
Clara-Zetkin-Haus**



Seit der sogenannten Scholz'schen „Zeitenwende“ erleben wir eine horrende Aufrüstung, deren Lasten brutal auf die Massen abgewälzt werden. Die Folge ist ein massiver Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, und zwar in allen Bereichen: Kita, Schulen, Gesundheits- und Sozialwesen. Das trifft alle, aber besonders hart die Frauen, die aufgrund ihrer niederen Löhne besonders auf diese Leistungen angewiesen sind. Aber auch, weil sie immer noch den großen Teil der Sorgearbeit tragen, sei es durch ihre Berufe oder als Mutter und Pflegenden. Aber auch die Unterdrückung des Staatsapparats spürt die Frauenbewegung immer heftiger. So hat sich z.B. in Stuttgart die Polizeipräsenz bei allen Frauendemos vervielfacht, das Auftreten der Staatsmacht ist brutaler geworden und Aktivistinnen werden in Stuttgart mit Prozessen überzogen. Für Frauen ist deshalb der Kampf gegen den reaktionär-militaristischen Staatsumbau, für demokratische Rechte entscheidend, um hart erkämpfte Errungenschaften der Frauenbewegung zu erhalten.

Eine positive Entwicklung ist, dass in immer mehr Ländern am 8. März nicht nur Millionen Frauen auf der Straße sind, sondern auch Millionen streiken, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen. Frauenkämpfe sind Klassenkämpfe – das ist in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden. Nicht nur durch die Streiks – auch wegen der Ziele der Streiks. Positiv ist auch, wie sich in Ländern wie Kuba die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen durch den Aufbau des Sozialismus verbessern.

Nutzen wir den Internationalen Frauentag als Tribüne gegen Krieg, gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten, gegen weiteren Demokratieabbau, für internationale Solidarität. Damit stellen wir uns gegen die militärische und politische Strategie des Imperialismus. Eine zunehmend multipolare Weltordnung wird für die Frauenbewegung günstigere Rahmenbedingungen schaffen.

Wir diskutieren mit

Christa Hourani (Aktionsbündnis 8. März), **Melina Deymann** (UZ Redaktion)

Angelika Becker (Freundschaftsgesellschaft BRD Kuba)

Kriegspolitik ist die schlimmste Form von RECHTS!

Die Ampel-Regierung bereitet allen Ernstes den großen Krieg gegen Russland vor! „Verteidigungsminister“ Pistorius: „Deutschland muss kriegstüchtig werden!“ und „Meine Experten sagen mir, dass Russland in fünf bis acht Jahren soweit sein kann, ein NATO-Land anzugreifen“ ... dann müssten wir in der Lage sein, das entsprechend zu beantworten. Was will die NATO bis dahin alles tun, um dies zu provozieren?

Was bedeutet das für uns, für unser Land? Für unsere Kinder? Welche Zukunftsperspektiven haben wir dann noch?

Die Ampel ist nicht die „dümme Regierung seit 45“, sondern die gefährlichste!

Denn sie verbindet einen gnadenlosen Kriegskurs mit dem Hochgefühl der moralischen Überlegenheit einer „wertebasierten Weltordnung“ (Freiheit und Democracy) und mit angeblich fortschrittlichen Inhalten (Grüne) und sogar sozialem Engagement (SPD mit Einbinden der Gewerkschaften).

Heute kostet das schon unser Steuer-

geld: Hunderte von Milliarden Euro fließen in die Profite der Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Airbus und Co. - Die fehlen natürlich überall, v.a. bei den Ärmsten, den Kindern, Arbeitslosen, Flüchtlingen usw. aber v.a. überall im Sozialbereich, bei Renten, Bildung, Gesundheit, ... Die Unzufriedenheit darüber treibt der AfD zusätzlich die Hasen in den Stall.

Darüber hinaus kostet es unsere demokratischen Rechte und Freiheiten! Militarisation der Gesellschaft heißt Infragestellung des Demonstrationsrechts, der Meinungsfreiheit - ja selbst Angriffe auf das Streikrecht usw. Die Formierung der Heimatfront bedeutet Demokratiezerstörung rundum.

Und schließlich kostet das im Ernstfall unser aller Leben! Denn es soll sich doch niemand vormachen, dass ein großer Krieg gegen Russland ein Kinderspiel wäre. Zwar tut die Ampel im aktuellen NATO-Manöver so, als ob Deutschland „nur“ die Aufgabe eines rückwärtigen Logistik-Zentrums hätte und die Kriegsfront weit im Osten läge, - aber jeder halbwegs denkende Mensch weiß, dass erst recht bei den

modernen Waffensystemen (Raketen/Drohnen usw.) es kein sicheres Hinterland gibt. Erst recht gilt dies für militärische Kommandozentralen wie z.B. das EUCOM in Stuttgart, die zu erstrangigen Zielen für Gegenschläge würden! Nach den zwei verheerenden Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert müsste eigentlich jeder wissen, dass wir einen dritten Krieg gegen Russland nicht überstehen würden.

Demos gegen Rechts müssen immer auch Demos gegen Krieg sein!

Die „rechte Welle brechen“ geht nur, wenn man sich wirksam gegen den unsozialen Kriegskurs der Ampel samt CDU/CSU und AfD stellt. Eine starke Bewegung gegen rechts muss mithelfen, die Friedensbewegung wieder so machtvoll werden zu lassen wie in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gegen die Stationierung der US-Erstschlagsraketen Pershing 2 und Cruise Missiles. Der Ostermarsch am 30. März ist die nächste große Gelegenheit.

FRIEDENSRATSSCHLAG "NEIN zu Dark Eagle!"

am Samstag, 2. März

von 11 bis 17 Uhr

mit Lühr Henken (Ko-Sprecher

Bundesausschuss Friedensratschlag)

im Clara-Zetkin-Haus Sillenbuch, Gorch-Fock-Str. 26

Einlader: Offener FriedensTreff Stuttgart und

Gesellschaft Kultur des Friedens

InitiatorInnen/Unterstützer: Annette Groth,

Heike Hänsel, Konni Lopau, Paul Hug,

Lühr Henken, Uli Stübler (Stand 3.2.)

Neue Kriegsgefahr durch Dark Eagle

Bisher schweigt die Bundesregierung zur geplanten Stationierung der Hyperschall-Angriffswaffe namens Dark Eagle. Diese kann in weniger als 10 Minuten treffgenau, unabfangbar, überraschend Führungspersonal in Russland töten. Im Fachjargon heißt das „Enthauptungswaffe“. Sie steht für Regime-Change-Strategien. Putin warnte noch drei Tage vor dem Angriff auf die Ukraine vor der Stationierung solcher Waffen. Er nannte sie „das Messer am Hals“.

Kommt zum Friedensratschlag: Information, Diskussion, Aktionsworkshops. Bringt Fragen und Ideen aus euren Organisationen/Gruppen mit!

**Stationierung
von DARK EAGLE
verhindern!**

»Zu sagen was ist,
bleibt die
revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28